

**Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU****Interessen der Verbraucher/-innen in Gesetzgebungsverfahren stärker berücksichtigen**

Staatliches Handeln kann die Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern in vielfältiger Weise berühren. Die Bundesministerien haben daher in ihrer gemeinsamen Geschäftsordnung festgelegt, dass in Gesetzgebungsvorlagen der Bundesregierung die Auswirkungen der jeweiligen Regelungen auf Verbraucherinnen und Verbraucher Berücksichtigung finden sollen. So heißt es in der Geschäftsordnung, dass das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bei Gesetzgebungsvorhaben zu beteiligen ist, wenn Auswirkungen auf die Ernährung, Landwirtschaft oder die Verbraucherinnen und Verbraucher zu erwarten sind.

Es ist zu prüfen, ob eine entsprechende Regelung auf Landesebene sinnvoll ist und wie eine solche gegebenenfalls trotz der Zuständigkeit verschiedener Senatsressorts für den Verbraucherschutz im Land Bremen zu implementieren wäre. Aufgrund der Bedeutung des Verbraucherschutzes soll daher in einer Testphase bis Herbst des Jahres 2011 ein entsprechendes Vorgehen von dem für den wirtschaftlichen Verbraucherschutz zuständigen Ressort „Wirtschaft und Häfen“ praktiziert werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. dafür Sorge zu tragen, dass in zukünftigen Gesetzgebungsverfahren und Verordnungen der Landesregierung die Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher stärker berücksichtigt werden. Um dies effizient zu erreichen sollen in einer Pilotphase bis Herbst des Jahres 2011 entsprechende Aufgaben vom Senator für Wirtschaft und Häfen wahrgenommen werden.
2. der Bürgerschaft (Landtag) ist bis Ende 2011 einen Bericht zur Pilotphase zu erstatten und darzustellen, wie der Verbraucherschutz bei Gesetzgebungsverfahren und Verordnungen im Land Bremen effizient berücksichtigt werden kann.

Manfred Oppermann, Max Liess,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Karin Mathes,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sibylle Winther,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU